

22.03.2023

## **Impulse:**

### **Investitionen mobilisieren**

Die deutsche Wirtschaft braucht Schub. Die Herausforderung ist nicht nur konjunkturell, sondern vor allem strukturell: Deutschland braucht Investitionen, um auf Dauer wettbewerbsfähig zu bleiben. Das gilt mit Blick auf die Infrastruktur im Land, und mit Blick auf die nachhaltige Modernisierung unserer Wirtschaft. Zugleich müssen die Rahmenbedingungen stimmen, vom Arbeitskräfteangebot bis zur Bürokratie. Wie kann Politik die nötigen Investitionen ermöglichen, vor allem solche der Unternehmen? Das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichtes hat bei der geltenden Schuldenbremse enge Grenzen gesetzt – und beim Haushalt 2025 wird es noch enger. **Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat mit dem „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“ einen Vorschlag gemacht. Die Wirtschaftsvereinigung der Grünen hat dazu ihre Mitglieder befragt und legt hier als Synthese Perspektiven aus den Unternehmen vor.**

1. Abschreibungen als mögliches Mittel zur Entlastung von Unternehmen stoßen in den Unternehmen auf eine große positive Resonanz. Durch **gezielte degressive Sonderabschreibungen** als Anreiz ließen sich unternehmerische Investitionen mobilisieren und z.B. hin zum Klimaschutz lenken. Dabei sollten auch Investitionen einbezogen werden, welche die Transformation unterstützen, ohne selbst bereits direkt CO<sub>2</sub> einzusparen. Das im Fraktionsvorschlag genannte Vorbild des USA-IRA ist aus Sicht der Unternehmen genau richtig. In diesem Sinne wären auch verbesserte Abschreibungen für Forschung und Entwicklung mit dem Ziel von Emissionsreduktion denkbar. Flankierend kann in einigen Sektoren die Etablierung von **grünen Leitmärkten** sinnvoll sein, damit die unternehmerischen Investitionen auf Nachfrage treffen. Sinnvoll wäre parallel dazu ein Abbau fossiler Subventionen, um nachhaltige Investitionen so attraktiv wie möglich zu gestalten. Sehr wichtig ist, dass Prämien oder steuerliche Erleichterungen nicht mit hohen bürokratischen Hürden verknüpft sind, die deren Wirkung teils wieder zunichtemachen würden.

Die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen **in transformative Zukunftstechnologien** sind klare Priorität der Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung. Sie können ein Hebel sein, um Deutschland zukunftsfest zu machen.

2. Die Regelungen müssten auf jeden Fall **langfristig, über einzelne Wahlperioden hinaus**, rechtsicher aufgesetzt sein, weil Unternehmen auf ihrer Grundlage über Investition mit einer Perspektive von vielen Jahren und teils Jahrzehnten entscheiden müssen.

3. Das Steuerniveau in Deutschland ist im EU-Vergleich hoch. Bessere Abschreibungsmöglichkeiten sind hier bereits ein Ansatz. Zusätzlich sollte **auch über eine Senkung von Unternehmenssteuern nachgedacht werden**, argumentieren einige Unternehmen. Und die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens müssen stimmen, etwa beim Thema Bürokratie.
4. Um den **Bürokratieabbau als Rahmenbedingung für Investitionen zu beschleunigen, sollte der Praxis-Checks des BMWK** auf alle Ministerien ausgeweitet werden, in dem Bürokratiefolgen angedachter Regelungen vorher mit Fachleuten auch aus der Praxis geprüft und vermieden werden. Dies sollte holistisch von der Bundes- bis zur Kommunalebene gedacht werden, unter Einbeziehung auch z.B. der Sozialversicherungsträger. Zur Erprobung dieser Entlastungen im Feldversuch wäre es denkbar, interessierte Test-Regionen zu gewinnen. Wichtig zu bemerken ist jedoch, dass sich die Teilnehmer\*innen der Befragung von der Entbürokratisierung schnellere Prozesse erhoffen, die aber dennoch planungs- und rechtssicher sein müssen.
5. **Wenn konsumtive Ausgaben innerhalb des Haushalts klar begrenzt** werden, ließe sich die **Schuldenbremse für Investitionen leichter reformieren**. Zugleich sollten mögliche Lösungen wie der Deutschland-Investitionsfonds einem stringenten Kontrollmechanismus unterliegen, um die für ihn aufgewendeten Mittel möglichst effizient einsetzen. Klarheit und Transparenz wird hier eine hohe Bedeutung beigemessen.
6. Den **Ausbau der Infrastruktur zu einer Priorität** zu erklären, ist richtig. Dabei sollte nach den sehr verschiedenen Arten der auszubauenden Infrastruktur, die im Fraktionsvorschlag Erwähnung finden, differenziert werden. Das Wasserstoffnetz z.B. sollte zielgerichtet im Einklang mit der nationalen Wasserstoffstrategie aufgebaut werden, um vor allem die Dekarbonisierung energieintensiver Branchen wie der Strahlindustrie voranzutreiben. Beim Verkehrsnetz und der digitalen Infrastruktur sollte es hingegen um einen breiten und schnellen Ausbau gehen.
7. Privates Kapital sollte im Deutschland-Investitionsfonds Investitionen des Staates flankieren und ergänzen. Hierfür könnte in diesem **eine zweite Säule für privates Geld** etwa von institutionellen Investoren eingezogen werden. Eine weitere Möglichkeit wären staatliche Garantien zum Hebeln privaten Kapitaleinsatzes etwa in einem „Energiefonds“, wie er aktuell diskutiert wird.

Insgesamt bieten die Antworten der Unternehmen aus verschiedensten Branchen ein breites Stimmungsbild. Die Mehrheit der Befragten ist für eine Reform der Schuldenbremse offen. Zugleich erscheint bei dem vorgeschlagenen Deutschlandfonds jedoch eine **klare Fokussierung** auf wenige Prioritäten nötig. Und eine **klare Konkretisierung** von Vorhaben wie etwa den Investitionsprämien sowie der Strukturierung des Fonds selbst. Für ein Land, das nachhaltig stark ist.

*Aus der Wirtschaft, mit der Politik: Das ist die Wirtschaftsvereinigung der Grünen, als unabhängiger unternehmerischer Verein. Mit aktuell rund 100 Mitgliedern – Förderunternehmen und Personen aus Unternehmen – bringt sie Perspektiven aus der Wirtschaft in die Debatte ein, unter anderem mit „Impulse“-Papieren wie diesem. >>> Kontakt: Julia Eckey, Geschäftsführerin, Karl-Liebkecht-Str. 29A, 10178 Berlin. [Julia.Eckey@wirtschaftsvereinigung-gruene.de](mailto:Julia.Eckey@wirtschaftsvereinigung-gruene.de)  
[Eingetragene Interessenvertreterin im deutschen Lobbyregister R005751](#)*